

**Antrag 108/I/2026****KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Verbesserung der ASOG-Unterkünfte in Berlin**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden  
2 aufgefordert, die Vergabe- und Betreibungsstrukturen  
3 der ASOG-Unterkünfte (Unterkünfte nach Allgemeinem  
4 Sicherheits- und Ordnungsgesetz) grundlegend zu refor-  
5 mieren.

6  
7 Zukünftig sollen ASOG-Unterkünfte vorrangig von sozia-  
8 len Trägern mit nachweislicher Fachkompetenz in den Be-  
9 reichen Wohnungslosigkeit, psychosoziale Betreuung und  
10 sozialer Arbeit betrieben werden. Eine Vergabe an rein ge-  
11 winnorientierte oder fachfremde Betreiberfirmen ist zu  
12 vermeiden.

13

14 Darüber hinaus sollen:

- 15 • verbindliche Qualitätsstandards für ASOG-  
16 Unterkünfte festgelegt werden
- 17 • regelmäßige unabhängige Kontrolle der Unterbrin-  
18 gungsbedingungen sicher gestellt werden
- 19 • schrittweise Rekommunalisierung oder soziale Trä-  
20 gerbindung der bestehenden Verträge geprüft wer-  
21 den
- 22 • Transparenz über Kosten, Betreiber und Zustände in  
23 den Einrichtungen erhöht werden

24

25

**26 Begründung**

27 In den Berliner ASOG-Unterkünften herrschen vielerorts  
28 unhaltbare Zustände: mangelhafte Hygiene, fehlende Be-  
29 treuung, Überbelegung und Sicherheitsprobleme sind lei-  
30 der keine Einzelfälle. Zahlreiche Betroffene berichten, dass  
31 sie lieber auf der Straße leben, als in solche Unterkünfte zu  
32 gehen.

33 Diese Situation ist sozialpolitisch nicht vertretbar und wi-  
34 derspricht dem Anspruch einer menschenwürdigen Un-  
35 terbringung, wie sie das Land Berlin gewährleisten muss.  
36 Trotz der schlechten Zustände werden an die privaten Be-  
37 treiberfirmen hohe Summen öffentlicher Mittel gezahlt.  
38 Viele dieser Unternehmen haben jedoch keine Experti-  
39 se im Bereich der Wohnungslosenhilfe oder Sozialarbeit,  
40 sondern verfolgen in erster Linie wirtschaftliche Interes-  
41 sen. Das führt zu einer Situation, in der Profit vor Mensch-  
42 lichkeit steht – auf Kosten der Schwächsten unserer Ge-  
43 sellschaft.

44 Eine Übertragung der Betreuung an soziale Träger, die  
45 über langjährige Erfahrung und Fachpersonal verfügen,  
46 ist daher zwingend erforderlich. Nur so kann eine nachhal-  
47 tige Verbesserung der Lebensumstände, eine soziale Be-  
48 treuung sowie eine echte Perspektive auf Stabilisierung

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

49 und Integration ermöglicht werden.  
50 Berlin braucht ein menschenwürdiges, sozial verantwort-  
51 liches und transparentes System der Unterbringung – kein  
52 Geschäftsmodell auf dem Rücken der Betroffenen.  
53 Der Staat muss seiner Fürsorgepflicht gerecht werden und  
54 die Verantwortung für die Qualität der Unterbringung  
55 nicht länger an fachfremde Subunternehmen delegieren.